



Protokoll

Schulbeirat | Sitzung

14. April 2021, 16:35 bis 17:40 Uhr

öffentlich

Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal

Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz

Protokollführerin: Erika Schäfer

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 21

Abwesende Mitglieder: 4

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet **der Vorsitzende** das ordentliche Mitglied **Herrn Norbert Grittner** (Vertretung der Katholischen Kirche) sowie das stellvertretende Mitglied **Herrn Lars Handwerker** (Vertretung der Schülerinnen und Schüler der beruflichen Schulen) und entschuldigt **Stadtrat Bauer, Stadtrat Müller, Stadträtin Rastätter** und **Stadtrat Wenzel** (alle vier ohne Vertretung).

Es folgt eine Gedenkminute für die am 7. April 2021 verstorbene **Prof. Dr. Liesel Hermes**, die sowohl als ehemalige Rektorin der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe als auch durch ihre pädagogische Kompetenz und ihr bildungs- und gesellschaftspolitisches Engagement über mehrere Jahrzehnte untrennbar mit der Kommunalpolitik verbunden war und die lokale Bildungslandschaft mitgeprägt hat.

Stadtrat Hofmann betritt den Sitzungssaal.

TOP 1 **Änderung der Gebührensatzung für den Besuch der öffentlichen Fachschulen der Stadt Karlsruhe (Schulgeldsatzung)**
- Vorlage -

Frau Scheuerer (Schul- und Sportamt) informiert, im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltsplans 2020/21 habe der Gemeinderat mehrheitlich entschieden, die Schulgelder für die Karlsruher Techniker- und Meisterschulen in zwei Schritten zu reduzieren beziehungsweise abzuschaffen. Für das Schuljahr 2021/22 sei beschlossen worden, die Schulgelder um 50 Prozent zu senken. Die städtischen Erträge reduzieren sich dabei um rund 353.000 Euro. Zum Schuljahr 2022/23 werde die Schulgeldsatzung komplett aufgehoben.

Frau Stadträtin Großmann merkt an, der fraktionsinterne Entscheidungsprozess sei nicht einfach gewesen. Um eine Schwächung des Berufsschulstandorts Karlsruhe zu vermeiden, sei die Fraktion mit der fünfzigprozentigen Reduzierung zum kommenden Schuljahr und auch mit dem Komplettverzicht der Schulgelder zum Schuljahr 2022/23 einverstanden.

Frau Stadträtin Uysal freut sich, dass dieser bereits am 9. April 2019 in den Gemeinderat eingebrachte Antrag der SPD Zustimmung gefunden habe. Diese Entscheidung sei eine essentielle,

wertvolle und unmittelbare Zukunftsinvestition in den lokalen Arbeits-, Wirtschafts- und Ausbildungsmarkt. Durch diese Maßnahme würden Fachkräfte für die Zukunft gesichert. Darüber hinaus sei die Abschaffung der Gebühren für Fachschulen ein klares Signal für Bildungsgerechtigkeit, da damit nun auch für diese Schulart Lehr- und Lernmittelfreiheit bestehe.

Frau Stadträtin Binder merkt an, dass sie den sofortigen Komplettverzicht ohne Zwischenschritt bevorzugt hätte.

Auch **Herr Stadtrat Hofmann** ist froh, mit dieser Entscheidung zur Wettbewerbsfähigkeit von Karlsruhe als Standort für Fachschulen beitragen zu können.

Frau Scheuerer bestätigt auf Nachfrage von **Herrn Stadtrat Hofmann**, dass die fünfzigprozentige Reduzierung und der Komplettwegfall unter dem Finanzierungsvorbehalt für freiwillige Leistungen stehen.

Herr Stadtrat Schnell sieht keine Notwendigkeit für eine Reduzierung und für einen Verzicht auf Gebühren. Schülerinnen und Schüler der Fachschulen ständen bereits im Berufsleben und hätten eine Ausbildung. Auch der Vertreter der Fachschulen habe in der Sitzung des Schulbeirat am 24. Juni 2020 keinen Wegfall der Gebühren gefordert, sondern Zufriedenheit signalisiert, solange die Gebühren nicht angehoben würden.

Herr Stadtrat Jooß begrüßt die Unterstützung des Handwerks durch diese Maßnahme.

Frau Stärk kann nachvollziehen, dass diese Maßnahme zur Stärkung des Berufsschulstandorts Karlsruhe beitragen soll. Aus der Perspektive einer Berufsschullehrerin gibt sie jedoch zu bedenken, dass sie Schülerinnen und Schüler an Techniker- und Meisterschulen, die diese Ausbildung selbst finanzieren, oft motivierter und engagierter wahrnehme als diejenigen, für die das Schulgeld von anderer Stelle übernommen werde. Nicht nachvollziehbar sei für sie, warum im späteren Arbeitsleben schlechter bezahlte Berufe wie beispielsweise Erziehungskräfte für die Erstausbildung weiterhin hohe Beträge zahlen müssen.

Beschluss:

Der Schulbeirat empfiehlt dem Gemeinderat *mehrheitlich (bei 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 7 Enthaltungen)*, die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für den Besuch der öffentlichen Fachschulen der Stadt Karlsruhe (Schulgeldsatzung) zu beschließen.

TOP 2 Prioritätenliste für Schulbaumaßnahmen - Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt **Herrn Ringle** vom Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft (HGW).

Frau Scheuerer informiert, die Prioritätenliste für Schulbaumaßnahmen gliedere sich in folgende vier Bereiche: Fortführungsvorhaben, Neubauvorhaben/Erweiterungen, Sportstätten und Schulhöfe. Die aufgeführten Prioritäten begründen sich auf der Notwendigkeit der Maßnahmen beispielsweise um Fehlflächen auszugleichen, nach dem Stand der Planungen, nach der räumlichen Versorgung zur Erteilung eines ordnungsgemäßen Unterrichts sowie

gegebenenfalls nach steigenden Zahlen der Schülerinnen und Schüler im Schulbezirks, die Erweiterungen notwendig machen. Die Umsetzung der Maßnahmen hänge von der Finanzentwicklung der Stadt ab und lasse sich zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht abschließend beurteilen.

Frau Stadträtin Großmann erkundigt sich, ob beim Umbau der Anne-Frank-Gemeinschaftsschule (GMS) auch räumliche Möglichkeiten für eine gymnasiale Oberstufe mitgedacht worden seien und ob beim Bauvorhaben an der Ernst-Reuter-GMS räumliche Voraussetzungen zur Umsetzung einer Dreizügigkeit vorgesehen seien.

Herr Frisch informiert, bei der Anne-Frank-GMS seien Erweiterungsmöglichkeiten eingeplant, sodass bei Bedarf eine gymnasiale Oberstufe umgesetzt werden könne. Der Planungsauftrag für die Ernst-Reuter-GMS beziehe sich auf Zweizügigkeit.

Frau Stadträtin Binder thematisiert die Gestaltung des Schulhofs der Ganztagsgrundschule am Wasserturm. Die Metallverkleidung der Fassade führe zu starker Wärmeentwicklung auf dem Schulhof und zu starker Geräusentwicklung auch im Gebäude, was insbesondere während des Mittagessens sehr problematisch sei. Sie sehe dringenden Handlungsbedarf und möchte wissen, wie das weitere Vorgehen diesbezüglich aussehen könnte.

Der Vorsitzende informiert, die Grundschule am Wasserturm werde in der Sitzung des Schulbeirats am 28. Juli 2021 als eigenständiger TOP aufgerufen. In diesem Zusammenhang könne auch dieses Anliegen aufgegriffen werden.

Beschluss:

Der Schulbeirat stimmt einstimmig als Empfehlung an die Strukturkommission der Prioritätenliste für Schulbaumaßnahmen im Rahmen der Aufstellung der Investitionsprioritätenliste im Rahmen der kommenden Doppelhaushalte zu.

TOP 3 Maßnahmenliste Modernisierungen und Sanierungen an Schulen im Rahmen des Doppelhaushalts 2022/2023

- Vorlage -

Herr Ringle (HGW) informiert, es sei grundsätzlich beabsichtigt, alle Maßnahmen der vorliegenden Liste durchzuführen. Die Liste sei allerdings auf einen zweijährigen Haushalt ausgelegt. Der aktuelle Einjahreshaushalt bringe die Planungen möglicherweise etwas durcheinander. Hinzu komme die aktuell schwierige Situation am Bau. Teilweise seien Firmen von Corona betroffen und auch Materiallieferungen verlaufen nicht immer nach Plan. Das alles erschwere feste Zusagen. Man stehe jedoch mit den einzelnen Schulen in engem Austausch und versuche gemeinsam, bestmögliche Lösungen zu finden.

Frau Stadträtin Uysal erkundigt sich, inwieweit der in der letzten Sitzung des Gemeinderats von der SPD-Gemeinderatsfraktion gestellte Antrag „Zügige Realisierung von Schulsanierungen“ in diesen Prozess einfließe.

Frau Stadträtin Großmann merkt an, ihre Fraktion lege besonders großen Wert auf die Reduzierung des Energieverbrauchs der Gebäude und auf den Ausbau von barrierefreien, rollstuhlgerechten Toiletten.

Herr Stadtrat Schnell stimmt der Dringlichkeit der Prioritäten der Gruppe I zu. Skeptisch steht er jedoch den Prioritäten der Gruppe II, insbesondere den Fotovoltaikanlagen, gegenüber. Die vorliegende Prioritätenliste finde daher nicht seine Zustimmung.

Frau Stadträtin Binder erkundigt sich, mit welchem Vorgehen man trotz des Finanzierungsvorbehalts möglichst viele Maßnahmen durchsetzen könne.

Herr Ringle (HGW) informiert, der Antrag der SPD sei im Gemeinderat behandelt und in den Ausschuss verwiesen worden. Planen und bauen sei nicht schneller möglich. Beeinflussbar sei nur die politische Bewertung. Hinsichtlich der energetischen Themen verweise er auf die Gemeinderatssitzung am 26. Januar 2021. HGW sei dabei, sämtliche als relevant erkannten Gebäude für die nächsten 20 Jahren in eine Reihenfolge für die Bearbeitung zu bringen. Daraus solle eine Strategie und eine Grundlage für zukünftige Entscheidungen entwickelt werden. Betrachtet würden dabei beispielsweise energetische Aspekte, die Gewährleistung der Sicherheit und die Bausubstanz. Die Darstellung erfolge in Form eines Gebäudezustandsberichts, der auf dem Weißbuch Schulen fuße. Barrierefreiheit für Toiletten sei Standard. Überall, wo ausreichend große Flächen vorhanden seien, werde bei der Sanierung von Toilettenanlagen Barrierefreiheit hergestellt. Der Finanzierungsvorbehalt treffe die Maßnahmen auf dieser Liste stark einschränkt, weil die meisten Maßnahmen dieser Liste im Ergebnishaushalt durchgeführt würden und der Finanzierungsvorbehalt vor allem den Finanzhaushalt betreffe.

Herr Stadtrat Cramer möchte wissen, ob auch die notwendige Digitalisierung der Schulen in dieser Liste abgebildet werde.

Herr Ringle (HGW) informiert, die Digitalisierung der Schulen werde bereits jetzt über ein separates Programm hergestellt. Dieses Projekt solle planmäßig spätestens bis zum Ende des nächsten Haushalts abgeschlossen sein.

Frau Scheuerer ergänzt, ein weiterer Zwischenbericht zur Digitalisierung sei für die Sitzung des Schulbeirats am 15. Dezember 2021 vorgesehen.

Der Vorsitzende erklärt, der angesprochene Gebäudezustandsbericht verspreche, ein spannendes Klassifizierungssystem zu werden und stelle eine gute Ergänzung zum Weißbuch Schulen dar. Die aktuelle Haushaltslage mache eine fachliche und politische Priorisierung erforderlich. Für diese Aufgabe stellen Gebäudezustandsbericht und Weißbuch Schulen gute Entscheidungsgrundlagen dar.

Beschluss:

Der Schulbeirat nimmt Kenntnis.

TOP 4 Weißbuch Schulen: Teil 2 – Weiterführende Schulen | Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) | Sporthallen
- Vorlage –

Herr Stadtrat Hofmann ist sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Teils 2 des Weißbuchs Schulen und lobt die hilfreiche Grundlage für Priorisierungen und pragmatische Entscheidungen im Sinne der Kinder und Jugendlichen.

Auch **Frau Stadträtin Großmann** begrüßt die spannende Lektüre und die ausführlichen Darstellungen. Nach den ihr vorliegenden Informationen hapere es jedoch im Bereich Digitalisierung immer noch an den Präsentationsmöglichkeiten und der Ausstattung mit Endgeräten von Schülerinnen und Schülern. Dies sei insbesondere beim Hybrid-Unterricht problematisch. Sie erkundigt sich diesbezüglich nach dem aktuellen Sachstand.

Auch **Frau Stadträtin Uysal** ist zuversichtlich, mit dieser hilfreichen Grundlage Prioritäten setzen, richtig entscheiden und fair handeln zu können. Noch besser werden müsse man in den Bereichen Inklusion und Digitalisierung, damit Teilhabe vollständig stattfinden könne. Für die Umsetzung der Inklusion müssten jetzt Strategien entwickelt und zügig umgesetzt werden.

Herr Stadtrat Jooß erinnert daran, die angespannte Lage im Baugewerbe bei Planungen und Umsetzungen zu berücksichtigen und einzukalkulieren.

Auch **Herr Stadtrat Schnell** lobt das aufschlussreiche Kompendium.

Herr Frisch erläutert, das Weißbuch Schulen sei ein erfolgreiches Gemeinschaftswerk des Amts für Hochbau und Gebäudewirtschaft und des Schul- und Sportamts. Im Bereich Digitalisierung habe sich seit der Zusammenstellung der Unterlagen für Teil 2 des Weißbuches noch sehr viel getan. Beispielsweise sei das vom Land für die Schulen zur Verfügung gestellte Corona-Budget in Höhe von einer knappen Million im Benehmen mit den Schulen auch für die Komplettierung der EDV-Geräte an Schulen verwendet worden. Aktuell würden gerade 620.000 Euro im Lehrkraftendgeräte-Programm umgesetzt. Aus diesem Programm würden Endgeräte beschafft und an die Lehrkräfte ausgegeben. Diese Endgeräte könnten die Lehrkräfte auch mit nach Hause nehmen. Schülerendgeräte würden über das Corona-Budget beschafft. 560.000 Euro seien für Tablets und Notebooks, die an Schülerinnen und Schüler ausgegeben werden können, vorgesehen.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady erkundigt sich, welche Voraussetzungen vorliegen müssten, damit Schülerinnen und Schülern ein Endgerät leihweise überlassen werde und welche Lösungen es für fehlende Infrastruktur in den Haushalten dieser Schülerinnen und Schüler gebe.

Herr Frisch erklärt, Schülerinnen und Schüler, die über kein mobiles Endgerät verfügen, können dieses von der Schule ausgeliehen bekommen. Die Entscheidung darüber liege in der Verantwortung der Schule. Derzeit gebe es 9.000 mobile Endgeräte, die in Zeiten des Fernunterrichts ausgeliehen werden können. Für fehlendes WLAN zu Hause, gebe es auch LTE-Router, die ausgeliehen werden könnten. Auch Daten-Verträge würden zur Nutzung von Datenvolumen für Bildungszwecke geschlossen. Sollte eine Schule alle verfügbaren Geräte bereits ausgeliehen haben, können berechnete Schülerinnen und Schüler über das Bildungs- und Teilhabepaket eine

Bescheinigung erhalten, mit der die Finanzierung einer entsprechenden Ausstattung vom Jobcenter übernommen werde.

Der Vorsitzende ergänzt, dass darüber hinaus auch Spendenmittel zu diesem Zwecke zur Verfügung ständen.

Herrn Schwarz-Hemmerling stellt fest, dass die Ausleihe eine logistische Herausforderung für die Schulen darstelle. Es seien ihm jedoch keine Schülerinnen und Schüler bekannt, denen nach angemeldetem Bedarf kein digitales Endgerät zur Verfügung gestellt werden konnte.

Beschluss:

Der Schulbeirat nimmt Kenntnis.

TOP 5 Änderungen des Abrechnungsmodus für die Schulverpflegung an weiteren Schulen ab dem Schuljahr 2021/22

- Vorlage -

Frau Beer informiert, aufgrund der positiven Erfahrungen im Rahmen des Projekts „Modulare Schulkindbetreuung“ an der Viktor-von-Scheffel-Schule solle ab dem Schuljahr 2021/22 das internetbasierte Bestell- und Abrechnungssystem i-NET-menue für Mittagsverpflegung auch an weiteren großen Grundschulen sowie der Ernst-Reuter-Gemeinschaftsschule eingeführt werden. Bestellungen und Abrechnungen würden damit taggenau erfolgen und durch die Nutzenden gesteuert. Schülerinnen und Schüler könnten folglich selbst zwischen den angebotenen Menüs auswählen. Auf diese Weise würden zukünftig beispielsweise aufwändige Rückerstattungen aber auch Zahlungsrückstände, Mahnverfahren und uneinbringliche Niederschlagungen vermieden. Sofern Anspruch auf Bildung- und Teilhabe bestehe, erhielten Schülerinnen und Schüler das Mittagessen auch mit dem Chipsystem kostenlos

Auf Nachfrage von **Herrn Stadtrat Schnell** informiert **Frau Beer**, dass Niederschlagungen jährlich im vierstelligen Bereich anfallen. Es komme regelmäßig vor, dass Mittagessen über Monate und manchmal auch über Jahre hinweg nicht bezahlt werde. Das System biete vielfältige hilfreiche Auswertungsmöglichkeiten, die die Arbeit der Verwaltung erleichtern.

Beschluss:

Der Schulbeirat nimmt Kenntnis.

TOP 6 Einrichtung einer Außenstelle der Werkrealschule der Pestalozzischule am Standort Schillerschule

- Vorlage –

Herr Karl informiert, dass die Schillerschule zwischenzeitlich als reine Grundschule geführt werde. Aus rechtlichen und statistischen Gründen soll eine Außenstelle der Werkrealschule der Pestalozzi-Grund- und Werkrealschule am Standort Schillerschule eingerichtet werden. Es gehe dabei um die rechtlich und statistisch korrekte Zuordnung der Schülerinnen und Schüler der Vorbereitungsklassen ab Klassenstufe 5, die weiterhin am Standort der Schillerschule unterrichtet werden sollen.

Ohne Aussprache ergeht folgender **Beschluss**:

Der Schulbeirat empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig*, die Einrichtung einer Außenstelle der Werkrealschule der Pestalozzischule am Standort Schiller-Grundschule zu beschließen.

TOP 7 Mitteilungen des Bürgermeisteramtes

Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisteramtes vor.

Um 17:40 Uhr beendet **der Vorsitzende** die Sitzung.